

## **Polit-Krimi-Empfang**

Tod in der Gemeindebücherei

---

**Material A**

---

„Sind übertölpelt worden“

### **Wahl-Skandal: Nach 96-Jähriger und Alzheimer-Patient melden sich weitere unfreiwillige AfD-Kandidaten**

von Michael Acker



Helga (v.l.) und Robert Steinberger und Emma Eglseer fühlen sich betrogen. © Stefan Rossmann

Die AfD hat für die Gemeinderatswahl in Vaterstetten offenbar Menschen gegen ihren Willen nominiert. Darunter eine 96-jährige Seniorin und einen Alzheimer-Patienten.

Die AfD sorgt im bayerischen Vaterstetten für Aufsehen.

Für die Gemeinderatswahl hat die Partei offenbar Menschen gegen ihren Willen nominiert. Darunter eine 96-jährige Frau und ein Alzheimer-Patient.

**Update vom 12. Februar:** Neue Entwicklungen in dem spektakulären Wahlskandal um falsche AfD-Kandidaten in Vaterstetten und Ebersberg - die Staatsanwaltschaft ermittelt.

**Update vom 6. Februar, 20.29 Uhr:** Im Fall der AfD-Kommunalwahlliste in der Gemeinde Vaterstetten (Kreis Ebersberg) sind weitere Unstimmigkeiten bekannt geworden. Nachdem sich bei unserer Zeitung drei Senioren gemeldet hatten, die gegen ihren Willen für die AfD kandidieren (wir berichteten), gibt es nun weitere Personen, denen gleiches widerfuhr: Die Senioren Dorothee Strohm (70) und Conchita Schuster (68) beteuern, sie seien „grundsätzlich gegen die AfD“. Trotzdem landeten sie auf der Liste der AfD und kandidieren nun sowohl für den Gemeinderat als auch für den Ebersberger Kreistag.

Eingefädelt worden sei ihre Kandidatur ebenfalls von dem Vaterstettener AfD-Gemeinderat Manfred Schmidt (82), sagen beide. Dieser organisiert über eine Sozialstiftung Kaffeefahrten – so lernten Strohm und Schuster ihn kennen. „Ich hatte Angst, dass ich nicht mehr zu den Ausflügen eingeladen werde, wenn ich nicht unterschreibe“, sagte Schuster unserer Zeitung. Ähnlich berichtet es Strohm. Sie fühle sich von Schmidt „unverschämt hintergangen“. Die AfD „lehne ich total ab, ich war dumm, da zu unterschreiben“.

Die Nominierungsversammlung fand nach Angaben des AfD-Bezirkschefs Wolfgang Wiehle am 4. Januar statt. Alle fünf Personen seien in Abwesenheit von fünf Anwesenden auf die Liste gewählt worden.

### **Wahl-Skandal: AfD nominiert 96-Jährige und Alzheimer-Patienten - und das gegen ihren Willen**

**Update vom 5. Februar, 21.35 Uhr:** Helga Steinberger ist 66 Jahre alt, ihr Mann Robert, ein Alzheimer-Patient, 74 und ihre Mutter Emma Eglseer stolze 96. Sie wohnen zusammen in Vaterstetten. In der 22.000-Einwohner-Kommune bewerben sie sich bei der Kommunalwahl am 15. März für die AfD um einen Sitz im Gemeinderat. Helga Steinberger auf Platz 7, ihr Mann Robert auf Platz 21 und Mutter Emma auf Platz 22. Zudem kandidiert das Trio auf den Plätzen 20, 35 und 36 für den Ebersberger Kreistag – ebenfalls für die AfD.

„Wir sind übertölpelt worden“, sagt Helga Steinberger, das sei abgelaufen wie bei einem Haustürgeschäft. Jetzt stehe ihr Telefon nicht mehr still. Freunde, Verwandte, Bekannte riefen an und wunderten sich über „unsere Namen bei der Nazi-Partei“. Nie habe sich jemand in ihrer Familie um ein politisches Mandat bewerben wollen, sagt die Kinderkrankenschwester, die im Ort ziemlich bekannt ist.

### **Vaterstetten (Bayern): AfD nominiert vor Kommunalwahl 2020 Bürger gegen ihren Willen**

Wie die Namen auf die Listen kamen, schildert Helga Steinberger so: Manfred Schmidt (82), örtlicher AfD-Gemeinderat, sei Ende vergangenen Jahres vorbeigekommen und habe um Unterstützung gebeten. Er habe dem Ehepaar und der Mutter Zettel vorgelegt und sie um eine Unterschrift gebeten, damit er seine kommunalpolitische Arbeit fortsetzen könne, erinnert sich die 66-Jährige, den Parteinamen AfD habe er nicht genannt.

### **AFD-Hammer: Seniorin und Alzheimer-Patient für Kommunalwahl-Liste nominiert**

Jetzt muss man wissen, dass Schmidt vor Jahren eine Freie Bürger Union (FBU) gegründet hatte und für diese lange im Gemeinderat saß. Erst zur vergangenen Kommunalwahl 2014 fusionierte die FBU mit der AfD. Mittlerweile ist die FBU mausetot, was das Ehepaar Steinberger und Emma Eglseer nicht wussten. Schmidt habe von den „Freien“ gesprochen, bis sie schließlich unterschrieben hatten.

„Ich weiß, dass man nichts unterschreiben soll, bevor man es ganz gelesen hat“, sagt Helga Steinberger selbstkritisch. Das ändere aber nichts daran, dass sie sich vom AfD-Mann ebenso übergangen fühle wie ihr kranker Mann und ihre alte Mutter, die Schmidt von gemeinsamen Ausflügen kennt. Der ist nämlich auch Vorsitzender der Manfred-und-Ute-Schmidt-Sozialstiftung, die sich um alte Leute in Vaterstetten kümmert.

### **Wahl-Skandal: AfD nominiert 96-Jährige und Alzheimer-Patienten - und das gegen ihren Willen**

Schmidt selbst kandidiert auf Platz 3 der AfD der Gemeinderatsliste. Für den Kreistag ist er Spitzenkandidat. Die Vorwürfe weist er mit Vehemenz zurück. Sie seien „völlig aus der Luft gegriffen“. Er habe bei seinen Kandidaten-Werbetouren stets klar zu erkennen gegeben, dass es sich um die AfD handle. Auf die Frage, ob er denn keine Skrupel hatte, eine 96-jährige Frau für eine Kandidatur zu gewinnen, sagt der ehemalige Oberverwaltungsrat: „Nein. Die alten Menschen haben ein Recht darauf, bis zum letzten Atemzug mitzugestalten und nicht nur verwaltet zu werden.“ Schmidt gesteht ein, dass es wegen der „Dämonisierung der AfD durch die Presse“ nicht leicht gewesen sei, Kandidaten zu finden.

### **Vaterstetten (Bayern): AfD nominiert zu Kommunalwahl 2020 Bürger gegen ihren Willen**

Von unlauteren Methoden will er aber nichts wissen. Er habe immer gesagt: „Lesen Sie sich's nochmal durch, bevor sie unterschreiben.“ Das haben außer den Steinbergers und Emma Eglseer offensichtlich auch noch andere Kandidaten nicht getan. Denn einige zogen ihre Bewerbung auf der Gemeinderatsliste wieder zurück, sagte Vaterstettens Wahlleiterin Claudia Bitzer. Auf der Kreistagsliste gab es sogar eine regelrechte Fluchtbewegung – 14 von 60 Kandidaten wollten dann doch nicht, wie eine Nachfrage bei Kreiswahlleiter Andreas Wenzel ergab. Bis zum 23. Januar war das fristgerecht problemlos möglich. Jetzt geht es nicht mehr.

Helga und Robert Steinberger sowie Emma Eglseer müssen für die AfD antreten. Doch ihnen bleibt eine Hintertür. Sollten sie quasi unfreiwillig einen Platz im Gemeinderat oder Kreistag ergattern, können sie die Wahl ablehnen.

### **Wahl-Skandal: AfD nominiert 96-Jährige und Alzheimer-Patienten - und das gegen ihren Willen**

#### **Ursprungsmeldung vom 5. Februar 2020:**

München/Vaterstetten – Die AfD in Vaterstetten (Kreis Ebersberg) hat auf ihrer Liste für die Gemeinderatswahl drei Bürger offenbar gegen ihren Willen nominiert. „Wir sind übertölpelt worden“, sagte Helga Steinberger (66) dem Münchner Merkur. Sie steht auf Platz 7 der Liste, ihr Mann Robert (74), der an Alzheimer erkrankt ist, auf Platz 21. Steinbergers Mutter Emma (96) kandidiert auf Platz 22. Zudem finden sie sich auf der Kreistagsliste wieder.

### **Vaterstetten (Bayern): AfD nominiert Bürger gegen ihren Willen**

Zu der Aufstellung kam es, nachdem der örtliche AfD-Gemeinderat Manfred Schmidt (82) die drei Personen um Unterstützung gebeten hatte. Schmidt war früher Mitglied der Freien Bürger Union, die aber mittlerweile in der AfD aufgegangen ist. Schmidt habe, als er für die Unterstützungsunterschrift warb, die AfD nicht erwähnt, sondern nur von den „Freien“ gesprochen, sagte Steinberger.

### **AfD-Hammer: Seniorin und Alzheimer-Patient für Kommunalwahl-Liste nominiert**

Sie habe Schmidt gekannt, weil er über eine Stiftung Ausflüge für Senioren organisiert habe. Schmidt bestreitet die Vorwürfe. Er habe sich als AfD-Vertreter zu erkennen gegeben.

Quelle: <https://www.merkur.de/lokales/ebersberg/ebersberger-land-ort28613/afd-kommunalwahl-2020-vaterstetten-kandidaten-skandal-alzheimer-seniorin-nominierung-liste-zr-13524125.html>

## **Polit-Krimi-Empfang**

Tod in der Gemeindebücherei

---

**Material B**

---

## NDR-Nachrichten

# Pannen bei Wahl in Hamburg - FDP bangt weiter



*Die FDP könnte an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern.*

Der Ausgang der Bürgerschaftswahl ist für die Hamburger FDP immer noch eine Zitterpartie: Nach Korrektur einer Panne könnte sie doch noch den Wiedereinzug ins Landesparlament verpassen. Im Wahlbezirk Langenhorn waren in einem Wahllokal die Ergebnisse von Grünen und FDP verwechselt worden, wie sich am Montag herausstellte. Die 22,4 Prozent der Grünen seien versehentlich den Liberalen zugeschrieben worden, bestätigte der zuständige Bezirkswahlleiter Tom Oelrichs. Weil die FDP am Sonntagabend bei genau 5,0 Prozent lag, muss sie nun wegen der Fünf-Prozent-Hürde um den Einzug in die Bürgerschaft bangen. Bei einer Hochrechnung von infratest dimap am Montagnachmittag lag die FDP bei 4,9 Prozent.

## Weitere Panne in Winterhude

Am Montag wurde auch eine zweite Panne im Bezirk Hamburg-Nord bekannt. In Winterhude schien die CDU nach den Ergebnissen von Sonntagabend in einem Wahllokal gewonnen zu haben: Doch die ihr zugeschriebenen rund 35 Prozent der Stimmen waren für die SPD abgegeben worden, die CDU kommt dort tatsächlich nur auf etwa elf Prozent.

Quelle:

[https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/wahl/buergerschaftswahl\\_2020/Pannen-bei-Wahl-in-Hamburg-FDP-bangt-weiter,hhwahl276.html](https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/wahl/buergerschaftswahl_2020/Pannen-bei-Wahl-in-Hamburg-FDP-bangt-weiter,hhwahl276.html)

## Zeit

# Hamburg-Wahl: Panne bei Auszählung in Hamburg – FDP verliert Stimmen

In einem Hamburger Wahlbezirk sind die Stimmen von Grünen und FDP falsch zugeordnet worden. Damit könnten die Liberalen an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern.



*Anna von Treuenfels-Frowein (FDP), Spitzenkandidatin zur Bürgerschaftswahl in Hamburg ©Christophe Gateau/dpa*

Die FDP könnte nach Bekanntwerden eines Auszählungsfehlers bei der Wahl in Hamburg den Wiedereinzug in die Bürgerschaft verpassen. Durch eine Verwechslung im Bezirk Langenhorn wurden dort versehentlich die 22,4 Prozent der Grünen den Liberalen zugeteilt, wie der zuständige Bezirkswahlleiter Tom Oelrichs der Deutschen Presse-Agentur sagte.

Den vorläufigen Zahlen zufolge lag die Partei am Sonntagabend nur um 121 Stimmen über der Fünf-Prozent-Hürde. Bei einer Verwechslung der Zuordnung würden auf die FDP 423 Stimmen weniger entfallen als bisher angenommen, hatte es zuvor geheißen. Damit hätte die Partei nach aktuellem Stand den Wiedereinzug in die Bürgerschaft verpasst.

An diesem Montagmorgen hatte in Hamburg die Auszählung der Kreislisten begonnen, nach der feststeht, welche Kandidaten in die Bürgerschaft einziehen. Auch werden die Landesstimmzettel erneut gezählt. Gegen 18.30 Uhr wird mit dem vorläufigen amtlichen Endergebnis gerechnet.

## Landeswahlleiter verweist auf laufende Auszählung

Landeswahlleiter Oliver Rudolf will sich erst nach Auszählung aller Stimmen zu einer möglichen Verwechslung bei der Stimmerfassung im Wahlbezirk Hamburg-Langenhorn äußern. "Ich werde zu dem Ergebnis von Langenhorn vor dem vorläufigen Ergebnis nichts bekanntgeben", sagte Rudolf. Einzelergebnisse zu Wahlbezirken gebe er tagsüber nicht

## Material B

---

bekannt, sagte Rudolf. Er verwies darauf, dass die Ergebnisse im Internet fortlaufend aktualisiert würden, auch die Ergebnisse in einzelnen Wahlbezirken.

Änderungen könnte es auch noch wegen der sogenannten Heilungsregel geben. Zunächst ungültige Stimmen können bei der zweiten Auszählrunde im Zuge dieser Regel als gültig gewertet werden, wenn der eigentliche Wählerwille erkennbar ist. Dies wäre zum Beispiel der Fall, wenn ein Wähler auf der Landesliste einer einzelnen Partei sechs statt der ihm maximal zur Verfügung stehenden fünf Stimmen abgegeben hat.

Deutlicher Sieger der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft war die SPD, die laut den Zahlen vom Sonntagabend auf 39 Prozent der Stimmen kam. Zweitstärkste Kraft wurden die Grünen mit 24,2 Prozent, gefolgt von der CDU mit 11,2 Prozent und den Linken mit 9,1 Prozent. Die rot-grüne Regierungskoalition könnte damit in Hamburg ihre Zusammenarbeit fortsetzen.

Quelle:

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-02/hamburg-wahl-panne-bei-auszaehlung-in-hamburg-fdp-verliert-stimmen>



## **Polit-Krimi-Empfang**

Tod in der Gemeindebücherei

---

**Material C**

---

NEUE BRIEFE

# Wahlrecht abschaffen

8. Januar 2018

[Wung](#)

Stamm Barrakuda, Vaterstetten  
LV Bayern

## **Für eine Beschränkung des Wahlalters – nach oben?**

Der Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e.V. hat nach hitziger Diskussion auf der Bundesversammlung 2014 beschlossen, sich für eine Absenkung des Wahlalters einzusetzen. Da die Frage umstritten war und blieb, ist der Beschluss absichtlich so vage wie möglich gehalten, sodass nicht weiter spezifiziert wurde, auf welches Alter gesenkt werden oder wie der Verband sich dafür einsetzen soll.

Befürworterinnen und Befürworter argumentierten, dass jedes Mitglied der Gesellschaft, auch Kinder und Jugendliche, ein Recht auf Partizipation habe, dass Jugendliche sehr oft bereits reflektiert bewusste politische Entscheidungen treffen können und dass Kinder und Jugendliche eine viel stärkere Präsenz im politischen Geschehen haben sollten. Ein gesenktes Wahlrecht sei ein Signal in diese Richtung.

Gegnerinnen und Gegner der Absenkung hielten dem entgegen, dass junge Menschen eben oft noch nicht in der Lage sind, komplexe politische Sachverhalte zu bewerten, deswegen zu leicht von einfachen Parolen eingenommen werden können und generell irgendwo die Grenze gezogen werden muss – warum nicht ab 18, da kann man auch selber Auto fahren und Schnaps trinken. Außerdem gäbe es genug andere, für junge Menschen besser geeignete Möglichkeiten, sich politisch einzubringen. Politische Partizipation für Kinder und Jugendliche gerne, aber vielleicht nicht gerade beim Wählen.

Niemand hat Lust, diese anstrengende Diskussion nochmal aufzuwärmen. Ich auch nicht. Ich denke aber, dass die Diskussion um das Wahlalter sich falsch fokussiert hat – drehen wir das ganze doch mal um: Es ist wichtig, über die Grenzen des Wahlrechts zu sprechen, aber nicht nur über eine Begrenzung nach unten hin. Alle Argumente gegen die Absenkung des Wahlalters können auch auf unsere massiv alternde Bevölkerung angewandt werden. Vielleicht sollte sich unser Verband dafür einsetzen, das Recht auf Wählen ab 75 abzuschaffen.

Warum? Ganz einfach. Erstens, alte Menschen tendieren dazu, die Welt nicht mehr zu verstehen. Nicht dass das für alle gilt – wir alle kennen den immer noch brillanten Professor in Rente oder die liebe Oma, die immer noch jeden Tag Süddeutsche liest, um zu wissen, was in der Welt passiert. Aber es ist nun mal so, dass die Mehrheit der über 75-Jährigen dazu neigt, nicht mehr zu wissen, was in der Gesellschaft los ist, wie die Lebensrealität der Bevölkerung aussieht und wie man auf neue, komplexe politische Probleme antwortet. Globalisierung, Klimawandel, digitaler Wandel der Gesellschaft und vieles mehr – alles sind Dinge, die neu sind, und von alten Menschen nicht verstanden

werden. Vielleicht zurecht auch nicht verstanden werden können. Ihre Generation hatte andere Probleme, die wir ebenfalls nicht nachvollziehen könnten. Warum sollten wir alten Menschen daher Entscheidungen über komplexe Sachverhalte zumuten, die sie überfordern? Hätten wir nicht sogar die Pflicht gegenüber der ältesten Generation, sie mal in Ruhe zu lassen? Wir sollten daher unsere Alten aus der Verantwortung entlassen und ihr Wahlrecht ab 75 abschaffen.

Zweitens tendieren ältere Menschen dazu, aufgrund ihrer Überforderung durch neue komplexe Probleme, auf einfache Parolen hereinzufallen. Rattenfänger aller Art nutzen es aus, dass ältere Menschen nicht mehr wissen, was Sache ist, und wandeln die verständliche Überforderung unserer Alten in Wut um – um diese dann mit simplen Slogans und Hetze zu Wählerstimmen zu machen. Natürlich gilt das nicht nur für alte Menschen, sondern für alle in der Bevölkerung. Und manchmal gilt das eben genau nicht für alte Menschen, die durch Reife und Erfahrung eine Immunität gegen einfache Parolen entwickelt haben. So eine Verallgemeinerung ist fies, fairer Punkt. Aber es ist leider so, dass 2016, während des EU-Referendums in Großbritannien, gerade die ältere Bevölkerung sich durch Lügen, Hetzparolen und Unwahrheiten der Leave-Kampagne einwickeln lies – und so einer der Hauptverantwortlichen ist dafür, dass die Briten die EU verlassen. Und das gegen den Willen fast aller jungen Britinnen und Briten, die mit überwältigender Mehrheit für ein europäisches Britannien stimmten.[1] Es besteht also ein großes Risiko, dass ältere Menschen durch ihre Überforderung mit komplexen Themen und ihrem Unwissen über die Lebenswelt jüngerer Generationen auf Hetze hereinfallen und fatale Entscheidungen für das ganze Land treffen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, sollte eine demokratische Gesellschaft reagieren – und das Wahlrecht für alle über 75 abschaffen.

Soweit waren das zwei Argumente, die üblicherweise gegen die Absenkung des Wahlalters vorgebracht werden. Ich denke, beide Gründe haben zumindest eine Berechtigung, und wenn jemand der Absenkung des Wahlalters kritisch gegenübersteht, sollte diese oder dieser sich für eine Einschränkung des Wahlrechts für ältere Menschen Gedanken machen. Aber setzen wir das Gedankenexperiment fort: ich habe noch zwei weitere Gedanken, die darüber hinausgehen, und auch die überzeugen sollen, die für eine Absenkung des Wahlalters sind.

Dritter Grund dafür, dass ab 75 nicht mehr gewählt werden sollte: Es geht ältere Menschen so langsam immer weniger etwas an. Politische Entscheidungen sind Entscheidungen über die Zukunft der Gesellschaft, Wahlen ein gemeinsames Nachdenken darüber, wohin die Reise gehen soll. Dieser Weg ist für ältere Menschen fast abgeschlossen – sie werden nicht diejenigen sein, die von langfristigen politischen Entscheidungen betroffen sein werden. Die betroffenen sind wir, die jüngeren Generationen, die mit den Konsequenzen der getroffenen Entscheidungen leben werden müssen. Warum sollten wir also nicht mehr Mitspracherecht haben als die Alten? Und warum sollten ältere Menschen über 75 überhaupt noch ein Mitspracherecht haben, wenn es um politische Richtungsentscheidungen geht? Wie die Zukunft Europas aussehen soll, wie der Klimawandel gestoppt werden kann oder welches Bildungssystem das richtige ist – es ist das Recht und die Pflicht der jungen Generationen, selbst über ihre Zukunft zu bestimmen. Ohne dass ältere Menschen reinpfuschen, die selbst nicht mehr betroffen sein werden. Also, schaffen wir das Wahlrecht ab 75 ab.

Viertens, und letztens: Unsere Gesellschaft erlebt einen tiefgreifenden demografischen Wandel. Wir werden immer mehr alte und immer weniger junge Menschen sein. Der

Anteil der über 80-Jährigen wird nach einigen Prognosen bis 2030 um mehr als 60 Prozent ansteigen, während die Geburtenrate weiter fällt.[2] Bis 2050 könnte der Anteil älterer Menschen über 60 in der Bevölkerung bis zu 39 Prozent ausmachen, während junge Menschen bis 20 lediglich 16 Prozent stellen werden.[3] Das bringt alle möglichen Probleme mit sich, vom Renten- und Gesundheitssystem bis zur Arbeitslast der Jungen, um für die Alten zu sorgen. Aber ein Problem, welches häufig nicht angesprochen wird: Bei Wahlen wird es in Zukunft immer mehr so sein, dass die Alten den Ton angeben, während die Jungen ignoriert werden. Politikerinnen und Politiker folgen Wählerstimmen und wenn bei Rentnerinnen und Rentnern viel, viel mehr Stimmen zu holen sind als bei Auszubildenden und Studierenden, werden erstere alle politischen Grundsatzentscheidungen fällen. Der demographische Wandel wird dafür sorgen, dass die Stimme der Jugend immer mehr vernachlässigt wird, weil die ältere Generation bei jeder Wahl die Jungen einfach überstimmen kann. Das ist ungerecht, unfair, und, siehe Punkt zwei, gefährlich. Durch die Abschaffung des Wahlrechts ab 75 können wir aber die Balance wiederherstellen und die Stimmanteile von Jung und Alt ausgleichen, sodass die Stimme der jüngeren Generation ausreichend gehört wird.

Sollte sich unser Verbund für eine Beschränkung des Wahlrechts nach oben stark machen? Wählen für über 75-Jährige ist (1) zu kompliziert, (2) gefährlich, (3) geht sie nichts mehr an und (4) verschärft den Konflikt zwischen Jung und Alt. Und ähnlich zum Fall der Absenkung des Wahlalters gilt: Für ältere Menschen, die sich engagieren wollen, gibt es in Vereinen und Initiativen genügend Möglichkeiten, sich politisch einzubringen – das muss ja nicht gerade beim Wählen sein. Und warum mit 75? Irgendwo muss ja mal die Grenze gezogen werden, warum nicht 10 Jahre nach der Rente? Dann hat man noch genügend Zeit, sich richtig politisch einzubringen, bevor man sich dann zurückzieht und den Jüngeren das Feld überlässt. Ich behaupte nicht, dass das eine gute Lösung wäre, aber wenn unser Verband über das Wahlalter nachdenkt, sollten wir das in beide Richtungen tun. Wir sind eine Jugendbewegung und sollten uns für die Rechte der Jugend einsetzen – auch gegenüber den Interessen der Alten.

Widersprochen werden kann hier: [aqn@st-andrews.ac.uk](mailto:aqn@st-andrews.ac.uk) oder im Kommentar unten.

[1] [bdp.de/nb-brexist-stats](http://bdp.de/nb-brexist-stats)

[2] [bdp.de/nb-demografie](http://bdp.de/nb-demografie)

[3] [bdp.de/nb-demografie2](http://bdp.de/nb-demografie2)

Quelle: <https://www.pfa.de/neue-briefe/wahlrecht-abschaffen/>

## **Polit-Krimi-Empfang**

Tod in der Gemeindebücherei

---

**Material D**

---

Material D

Kommunales Wahlrecht in den Bundesländern

Land	Wahl- periode	Wahlalter aktiv/ passiv	Wahl- system	Listen- form	Stimmen- zahl	Sperri- klausel	Sitz- zuteilungs- verfahren
Baden-Württemberg	5 Jahre	16/18	Verhältnismwahl m. offenen Listen	offen	= Zahl der zu vergebenden Sitze	nein	Sainte-Laguë
Bayern	6 Jahre	18/18	Verhältnismwahl m. offenen Listen	offen	= Zahl der zu vergebenden Sitze	nein	Hare/Niemeyer
Brandenburg	5 Jahre	16/18	Verhältnismwahl m. offenen Listen	offen	3	nein	Hare/Niemeyer
Hessen	5 Jahre	18/18	Verhältnismwahl m. offenen Listen	offen	= Zahl der zu vergebenden Sitze	nein	Hare/Niemeyer
Mecklenburg-Vorpommern	5 Jahre	16/18	Verhältnismwahl m. offenen Listen	offen	3	nein	Hare/Niemeyer
Niedersachsen	5 Jahre	16/18	Verhältnismwahl m. offenen Listen	offen	3	nein	Hare/Niemeyer
Nordrhein-Westfalen	5 Jahre	16/18	personalisierte Verhältnismwahl	geschlossen	1	2,5 Prozent	Sainte-Laguë
Rheinland-Pfalz	5 Jahre	18/18	Verhältnismwahl m. offenen Listen	offen	= Zahl der zu vergebenden Sitze	nein	Sainte-Laguë
Saarland	5 Jahre	18/18	Verhältnismwahl	geschlossen	1	nein	d'Hondt
Sachsen	5 Jahre	18/18	Verhältnismwahl m. offenen Listen	offen	3	nein	d'Hondt
Sachsen-Anhalt	5 Jahre	16/18	Verhältnismwahl m. offenen Listen	offen	3	nein	Hare/Niemeyer
Schleswig-Holstein	5 Jahre	16/18	personalisierte Verhältnismwahl	geschlossen	= Zahl der zu vergebenden Direktmandate	nein	Sainte-Laguë
Thüringen	5 Jahre	18/18	Verhältnismwahl m. offenen Listen	offen	3	nein	Hare/Niemeyer

Quelle: wahlrecht.de, Stand: September 2016. Ohne Wahlen in den Stadtstaaten

## **Polit-Krimi-Empfang**

Tod in der Gemeindebücherei

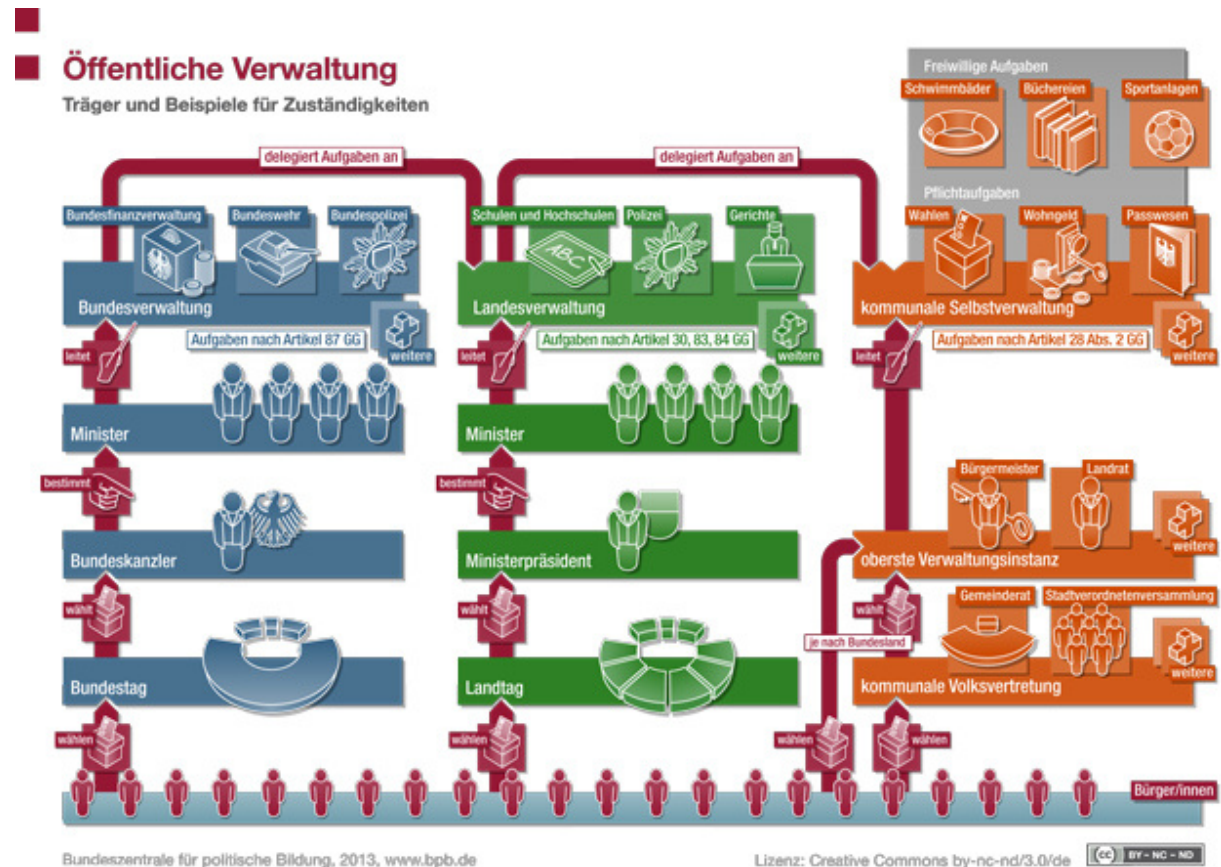
---

### **Material E**

---

## Kompetenzaufteilung in Deutschland

Der Staat begegnet den Bürgerinnen und Bürgern auf unterschiedlichen politischen Ebenen, in den Kommunen, in den Ländern, auf der Ebene des Bundes und weniger direkt, aber dennoch einflussreich, in Gestalt der Europäischen Union. Die Gemeinden haben das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in Selbstverwaltung zu regeln. Auch wenn die kommunale Entscheidungsfreiheit durch gesetzliche Pflichtaufgaben weitgehend eingeschränkt wurde und Kommunalrecht aus den Länderparlamenten kommt, bleiben die Gemeinden für das Wohlergehen ihrer Bürger letztlich verantwortlich.



Man kann folgende Ebenen unterscheiden, wobei im Grundgesetz die jeweiligen Kompetenzen festgelegt sind:

### Obere Ebene

Die **Bundesebene**, gleichbedeutend mit dem Bundesstaat, man spricht häufiger auch von dem "Bund". Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundesstaat. 16 Bundesländer, die als Staaten gelten, haben sich zusammengeschlossen und sich eine gemeinsame Regierung gegeben. (Das unterscheidet sie von einem Staatenbund, der keine gemeinsame Regierung hat.) Die Bundesrepublik Deutschland bildet eine politische Einheit sowie eine Rechts- und Wirtschaftseinheit. Das bedeutet: Deutschland besitzt eine gemeinsame Verfassung, das Grundgesetz, ein gemeinsames Parlament, den Deutschen Bundestag, und eine Bundesregierung. Die Ebene des Bundes ist die wichtigste politische Ebene. Hier wird, wie es in der deutschen Verfassung, dem Grundgesetz (GG), in Artikel 20, Absatz 2, Satz 2 heißt, alle Staatsgewalt "durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt



und der Rechtsprechung ausgeübt". Konkret sind damit die fünf obersten Bundesorgane gemeint, also für die Gesetzgebung der Deutsche Bundestag und der Bundesrat, für die vollziehende Gewalt der Bundespräsident und die Bundesregierung und für die Rechtsprechung das Bundesverfassungsgericht.

### **Mittlere Ebene**

Die Regionalebene, die in Deutschland durch die Länder repräsentiert wird. Sie wird daher auch häufig Länderebene genannt. Die politische Macht in Deutschland wird aufgeteilt zwischen der Bundesregierung in Berlin und den Regierungen der einzelnen Bundesländer. Die Machtverteilung zwischen Bund und Bundesländern, nennt man "Föderalismus". So ist zum Beispiel die Bundesregierung für die Außenpolitik verantwortlich. Die Bundesländer bestimmen dagegen beispielsweise über die Organisation der Polizei oder auch die Schul- und Kulturpolitik. Daher kann es vorkommen, dass eine Abschlussprüfung in Bayern anders bewertet wird als in Mecklenburg-Vorpommern. Die Aufgabenverteilung dieser beiden politischen Ebenen - Bund und Länder - ist im Grundgesetz geregelt. Die politischen Vertreter der Bundesländer bilden den Bundesrat.

### **Untere Ebene**

Die Kommunalebene, sie umfasst die Gemeinden sowie die übergeordneten Strukturen unterhalb der Landesebene, die Landkreise und dazu in Bayern die zwar mit den Regierungsbezirken flächengleichen, aber von ihnen zu unterscheidenden Bezirke.

Kommunalwahlen werden vom Kommunalen Wahlrecht geregelt, welches von Bundesland zu Bundesland variiert. Wie alle Wahlen in der Bundesrepublik ist auch die Kommunalwahl allgemein, direkt, frei, gleich und geheim. Das bayerische Kommunalwahlrecht regelt die Wahlen für die Vertretungsgremien und die Verwaltungsspitze auf der unteren und der oberen kommunalen Ebene, das heißt die Wahlen der Gemeinde- oder Stadträte, der Bürgermeister\*innen sowie der Kreistage und Landräte. Kommunalwahlen in Bayern sind damit Gemeinde- und Landkreiswahlen. Regierungsbezirke zählen in Bayern nicht zur kommunalen Ebene. Daher ist die Wahl der Bezirkstage nicht durch das Kommunalwahlrecht, sondern das Landtagswahlrecht geregelt.

### **Höhere Ebenen**

Noch höher als alle der erwähnten Ebenen ist die Staatenbund- oder Konföderationsebene. In Europa gehören hierzu insbesondere die Europäische Union (EU) und der Europarat, aber auch die Europäische Freihandelszone (EFTA). Besonders in Bezug auf die EU spricht man deshalb auch von einer Europaebene.

Quellen:

<https://www.bpb.de>

[https://de.wikipedia.org/wiki/Politische\\_Ebene](https://de.wikipedia.org/wiki/Politische_Ebene)

## **Polit-Krimi-Empfang**

Tod in der Gemeindebücherei

---

# **Material F**

---

Der erste Teil sollt unbedingt eingebracht werden; wenn ihr wollt, könnt ihr auch auf den zweiten Teil (also den Artikel) eingehen

### Teil I:

In der Bundesrepublik Deutschland können die Bürger\*innen auf verschiedenen Ebenen wählen, namentlich auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene.

Das Wahlrecht ist das Kernelement der sogenannten Volkssouveränität: In Deutschland geht alle Staatsgewalt vom Volke aus, das ist der Grund, weshalb es sich bei der BRD um einen demokratischen Staat handelt.

Diese Verknüpfung zwischen dem Volk und der Staatsgewalt erfolgt, wie gesagt, vor allem durch die Wahlen. Hierbei können alle Wahlberechtigten über alle zur Debatte stehenden Themen mitentscheiden, indem sie diejenigen Politiker\*innen wählen, die ihre Ansichten am besten vertreten. Hierbei ist es unerheblich, ob die Wahlberechtigten selbst von dem jeweiligen Thema betroffen sind. So dürfen natürlich zum Beispiel auch Bürger\*innen ohne Kinder die Schulpolitik mitgestalten. Auf die Betroffenheit kommt es also nicht an. Weil aber das Wahlrecht nicht durch diesen Zusammenhang begründet wird, wird stattdessen auf einen engen inneren Zusammenhang abgestellt. In anderen Worten: Die Bürger\*innen dürfen bei allem mitbestimmen, auch wenn es sie nicht direkt betrifft, weil es die Bundesrepublik Deutschland betrifft und damit auch sie. Dieser enge innere Zusammenhang wird in Deutschland allerdings nur bei deutschen Staatsbürgern gesehen. Zusammenfassend: Als deutsche Staatsbürger\*in betrifft mich alles, was in Deutschland passiert, weshalb ich bei allem mitbestimmen darf.

Ausländer\*innen dürfen hingegen mangels inneren Zusammenhangs nicht wählen.

Auf Kommunalebene ist hingegen alles anders: Hier spielt sich das tägliche Leben der Bürger\*innen ab. Es geht darum, welcher Bus wann und wohin fährt, wie viele Spielplätze gebaut werden und welche Kulturinstitutionen auf welche Weise unterstützt und gefördert werden sollen. Diese Entscheidungen beziehen sich viel stärker auf die Einzelinteressen von kleineren Gruppen und unterscheiden sich deshalb von der sonstigen Politik auf Bundes- und Landesebene. Der Grad der Betroffenheit ist damit viel höher. Zwar bleibt es auch in der Gemeinde dabei, dass alle bei allem mitsprechen und mitentscheiden können. Man gesteht aber auch Ausländern ein Wahlrecht zu, schließlich sind sie vom Kindergartenbau genauso betroffen, wie die deutschen Nachbarn.

Diese Öffnung erfolgt allerdings nicht ganz freiwillig – klassischerweise hätte Deutschland ein eher strenges Wahlsystem. Durch die Europäische Integration, also durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, spielen aber nun auch andere Gesichtspunkte eine Rolle: So sollen Unionsbürger\*innen nicht unterschiedlich behandelt werden. Das Ergebnis ist: Bei den Kommunalwahlen dürfen auch EU-Ausländer\*innen wählen.

Weil es aber auf Bundes- und Landesebene gerade nicht um die Betroffenheit, sondern um den oben beschriebenen engen inneren Zusammenhang geht, dürfen dort weiterhin nur deutsche Staatsbürger\*innen wählen.

## Teil II:

### Ohne Pass keine Wahl

# Ausländerwahlrecht in Deutschland

"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" – so steht es im Grundgesetz. Doch wer keinen deutschen Pass hat, gehört nicht dazu. Deshalb dürfen bei der Bundestagswahl acht Millionen Menschen nicht wählen. Obwohl sie hier leben, arbeiten und Steuern zahlen.

*Von: Karen Bauer*

*Stand: 11.09.2017 / Archiv*

Neven Klepo ist in Bosnien geboren. Seit 25 Jahren lebt er in Deutschland. Trotzdem darf er am 24. September nicht wählen: Weil er keinen deutschen Pass hat. Denn den Bundestag wählen nur deutsche Staatsbürger. Mehr als acht Millionen Menschen sind deshalb von der Wahl ausgeschlossen. Klepo zahlt zwar Steuern, darf aber nicht mitbestimmen, was mit den Steuergeldern geschieht.

"Ich bin halt politisch auch sehr, sehr interessiert und es könnte auch meine eigene Zukunft beeinflussen, sodass ich da auch sehr gespannt bin auf die Ergebnisse. Das ist ein komisches Gefühl, weil man ganz genau weiß, dass bald sehr viele Menschen wählen dürfen, und ich lebe hier und stehe an der Seite und kann eigentlich wenig machen."

*Neven Klepo, deutscher Arbeitnehmer mit bosnischem Pass*

## Voll integriert



Mit sechs Jahren kam Neven Klepo mit seiner Familie aus Bosnien nach Deutschland. In der Nähe von Köln ist er aufgewachsen, ging dort zur Schule, er lernte nicht nur Deutsch sondern auch Kölsch. Später zog die Familie nach München um. Sein Lieblingsverein ist der FC Bayern – beim Interview trägt er ein Poloshirt mit dem Vereinswappen. Klepo ist längst in Deutschland angekommen und integriert: Er hat Politikwissenschaft studiert und macht derzeit an der Universität in Jena seinen Doktor. Seit vielen Jahren engagiert er sich ehrenamtlich, vermittelt junge unbegleitete Flüchtlinge in Ausbildung und berät Asylbewerber. Er hätte das Wahlrecht verdient, findet er:

"Gerade weil ich auch in einer gemeinnützigen Organisation mein ganzes Leben lang gearbeitet habe und sehr viel für diesen Staat gearbeitet habe, glaube ich, wäre es gerecht, dass ich wählen darf."

*Neven Klepo*

### **Nur Deutsche gehören zum Volk**

Aber bisher darf er eben nicht wählen – weder seinen Bundestagsabgeordneten, noch bei Landtagswahlen, nicht einmal seinen Bürgermeister. Grund dafür ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1990. Darin heißt es:

"Das Staatsvolk wird nach dem Grundgesetz von den Deutschen, also den deutschen Staatsangehörigen gebildet. Damit wird für das Wahlrecht die Eigenschaft als Deutscher vorausgesetzt."

*Urteil des Bundesverfassungsgerichts*

Ein Grundsatzurteil: Es gehört also nur zum Volk, wer einen deutschen Pass hat. Dabei steht das so gar nicht im Grundgesetz – Das sagt zumindest der Staatsrechtler Hans Mayer im ARD-Politik-Magazin Monitor:

"In dem entscheidenden Artikel 20, wo dem etwas zu den Wahlen für das Parlament, das Bundesparlament geregelt ist, steht nur 'Volk'. 'Das Volk wählt'. Und nicht: 'Das deutsche Volk wählt'. In dem Moment, wo man das als deutsches Volk interpretiert, reduziert man die möglichen Wahlberechtigten auf die Staatsangehörigen."

*Hans Mayer, Staatsrechtler und ehemalige Präsident der Berliner Humboldt-Universität*

### **Ausländer zweiter Klasse?**

Man könnte das Grundgesetz also auch anders auslegen. EU-Bürger aus Frankreich, Italien oder Bulgarien dürfen in Deutschland immerhin kommunal wählen. Sind Menschen aus Nicht-EU-Staaten, sogenannten Drittstaaten, wie Neven Klepo, Ausländer zweiter Klasse?

"Dass in allen EU-Ländern alle EU-Bürger sich an Kommunalwahlen beteiligen dürfen, das ist - denke ich - angesichts der besonderen Bedeutung des gemeinsamen Europas richtig, aber jedem Ausländer von außerhalb Europas mitwählen zu lassen, hielte ich für verfehlt. Das ist ja keine Wahl dritter Klasse wenn man den Stadtrat von München wählt, das hat auch eine erhebliche politische und staatsrechtliche Bedeutung."

*Joachim Herrmann, Bayerischer Innenminister*

Kommunalwahlen sind also für Herrmann offenbar zu wichtig, um sie für Ausländer zu öffnen. Nicht der einzige Grund, warum der Minister das Wahlrecht für Ausländer ablehnt.

"Wir erleben das gerade in der Diskussion mit der Türkei, dass gerade auch Leute, die schon lange in Deutschland leben, sich an den Wahlen in der Türkei beteiligen und in einem noch höheren Maße, als es die Menschen, die in der Türkei leben tun, sich für die Politik von Erdogan aussprechen. Wir sehen, was wir da an Konflikten ins eigene Land holen."

*Joachim Herrmann, Bayerischer Innenminister*

Mit 1,5 Millionen Menschen sind die Türken die größte Gruppe von Ausländern in Deutschland. Gäbe man ihnen das Wahlrecht, dann könnten sie auch eigene Parteien

gründen. Etwa eine Art deutsche AKP- das befürchten zumindest Gegner des Ausländerwahlrechts.

### Deutsches Wahlrecht vergleichsweise konservativ

Trotzdem: Verglichen mit Ländern wie Spanien, Schweden oder Ungarn ist das deutsche Wahlrecht eher konservativ. Denn in 15 der 28 EU-Staaten dürfen Ausländer aus Drittstaaten, wie Neven Klepo, zumindest kommunal, also bei Bürgermeisterwahlen und Bürgerentscheiden, mit abstimmen. Die Integrationsbeauftragte Aydan Özoguz wollte das 2014 auch in Deutschland einführen – die Union blockierte den Vorschlag. In manchen Ländern ist das Wahlrecht übrigens gar nicht an die Staatsbürgerschaft geknüpft: In Neuseeland zum Beispiel darf man sogar als Nicht-Staatsbürger bei nationalen Parlamentswahlen abstimmen – vorausgesetzt man lebt seit zwei Jahren in Neuseeland und hat eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis.

Neven Klepo könnte inzwischen den deutschen Pass – und damit auch das Wahlrecht – bekommen. Für ihn kommt das im Moment aber nicht in Frage:

"Ich müsste meine bosnische Staatsangehörigkeit abgeben dafür, und es gibt gewisse Dinge in meinem Heimatland, die ich damit aufgeben müsste, zum Beispiel ich könnte nicht erben oder ich hätte große Schwierigkeiten damit."

*Neven Klepo*

"Aber Entschuldigung: Wenn ihm der kleine Bauernhof in seiner Heimat, wofür ich emotional großes Verständnis habe, wenn ihm der wichtiger ist als die deutsche Staatsangehörigkeit, dann ist das doch kein Grund, um zu sagen, dass er dann in Deutschland wählen muss. Dann soll er in Bosnien weiter wählen."

*Joachim Herrmann, Bayerischer Innenminister*

Wenn es nach dem Bayerischen Innenminister geht, dann wird es kein Wahlrecht für Ausländer und keinen Doppelpass für Menschen aus Drittstaaten geben.

### Hoffnungen für eine Änderung des Wahlrechts

Neven Klepo ist zuversichtlich, was das Wahlrecht angeht:

"Deutschland wird sein Selbstverständnis insoweit ändern, dass man einfach sieht: Die ausländischen Mitbürger sind Teil dieses Staates, sind Teil unserer Gesellschaft und dementsprechend müssen wir ihnen auch politische Teilhabe geben."

*Neven Klepo*

Quelle: <https://www.br.de/bundestagswahl/wahl-deutscher-pass-100.html>